

- □□ **Indirekter Bankrun: Neue Kreditklemme droht**

"[...] Immer mehr Forderungen der Banken werden uneinbringlich. Weder Unternehmen noch solventere Banken wollen den angeschlagenen Finanzinstituten ihr Geld anvertrauen. Das reißt Milliardenlöcher in die Bankbilanzen bei europäischen & US-Banken. Die betroffenen Institute sind vom Untergang bedroht & verleihen kein Geld mehr. Geld, das in der Folge auf dem Kreditweg der Realwirtschaft fehlt. Ob in Europa oder den USA, das Szenario einer erneuten Rezession scheint perfekt."

Der ganze Artikel auf [bazonline: Der Sturm auf die Banken beginnt](#)

- □□ **Finanzkrise – Weg in die Diktatur?**

"[...] In den letzten Wochen entwickelte sich ein institutioneller Bank Run. Nicht Massen standen auf den Straßen, um ihre Einlagen zu retten; aber Siemens, Lloyds und chinesische Staatsbanken zogen Milliarden aus den europäischen Banken ab, zuvorderst aus den angeschlagenen großen drei in Frankreich, BNP Paribas, Societe Generale und Credit Agricole. [...]

Auf europäischer Ebene gibt es nur einen scheinbaren Parlamentarismus. Tatsächlich hat die Kommission eine Verfügungsgewalt, der keinerlei echte Kontrolle gegenübersteht. Eine schnelle Angleichung der Steuersysteme (und wir reden hier von Wochen, nicht von Jahren) wie der gesamten Wirtschaftspolitik wäre aber gar nicht anders möglich als über eine ungezügelter Exekutive, die über diktatorische Eingriffsmöglichkeiten in die betroffenen Länder verfügt.

Schröders Äußerung hat sichtbar werden lassen, dass solche Überlegungen tatsächlich angestellt werden. Erreicht werden könnte dieses Ziel inmitten eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs über eine Welle von Ermächtigungsgesetzen, in denen die einzelnen Parlamente ihre Entscheidungsrechte preisgeben und die Macht an die Kommission oder womöglich einen noch erleseneren Zirkel übertragen. [...]"

Der ganze Artikel auf [scharf-links: Die Stille davor](#)

-

## □ □ Soziale Proteste

"[...] Trotzdem ist unübersehbar, dass es sowohl in Spanien wie in Israel – und man könnte weitere Länder im Aufruhr hinzunehmen – um wesentlich mehr geht: um mehr Teilhabe, weit über das rein Wirtschaftliche hinaus. Es ist wohl kaum vermessen, in beiden Ländern von demokratischen Erneuerungsbewegungen zu sprechen. [...] Die Menschen in Spanien wie Israel fühlen sich von den Politikern und den Parteien im

Stich gelassen – und vom Amok  
laufenden Neoliberalismus in ihrer  
Lebensgrundlage bedroht. In  
geradezu blinder Gefolgschaft fahren  
die Regierenden die staatlichen  
Dienstleistungen zurück und  
veräussern die öffentlichen Güter.  
Das Gemeinwesen wird ausgehungert  
und das Private, der Eigennutz  
gestärkt. [...]"

Der ganze Text auf [Echte Demokratie  
Jetzt: Verschwenderische Solidarität  
in Spanien und Israel](#)

## - □ □ **Leistungsloses (Grund-)Einkommen**

"[...] Wenn Ihnen also künftig ein Politiker erklären will, dass es nur Geld für Leistung gibt und Einkommen an Produktivität gekoppelt werden muss, dann weisen Sie ihn auf die Praxis der Entlohnung unserer Parlamentarier hin. Und vergessen Sie nicht, auf die automatischen

Diätenerhöhungen hinzuweisen, die in allen Parlamenten der Bundesrepublik üblich sind, wenn jemand Mindestlöhne von 6,50 Euro für ausreichend hält. [...]"

Der ganze Artikel auf [FAKTuell: In Deutschland gibt es das Bedingungslose Grundeinkommen](#)

- Lesetipp: [Der Lohnkult - Das Dogma von Arbeit und Einkommen](#)

- □ □

**Eingliederungsvereinbarung zur Wiederherstellung der**



# Grundrechte in Deutschland

Ralph Boes, Philosoph, Autor,  
Dozent für Geistesschulung,  
sowie Vorstandsmitglied der

[Bürgerinitiative](#)

[bedingungsloses](#)

[Grundeinkommen Berlin](#)

, versucht derzeit das in jeder

Weise grundgesetzwidrige  
Sanktionssystem in Hartz IV  
über eine  
Verfassungsbeschwerde in  
Karlsruhe zu stoppen. Hierzu  
hat er begonnen, den dafür  
notwendigen Präzedenzfall zu  
schaffen, indem er sich als  
Hartz IV-Empfänger selbst  
offen in die Schusslinie aller  
Sanktionen stellt. Zuletzt hat  
er eine  
Eingliederungsvereinbarung  
erarbeitet und bei dem für ihn

zuständigen Jobcenter in Berlin eingereicht. Diese ist auch als Muster-EGV veröffentlicht, und kann von Hartz IV-Empfängern dementsprechend gänzlich oder teilweise für eigene Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Jobcentern genutzt werden. Dabei muss aber damit gerechnet werden, mit dieser EGV nicht anerkannt und ggf. schikaniert und sanktioniert zu werden.

- Die  
Eingliederungsvereinbarung  
als PDF-Datei

- Zur Aktion von Ralph  
Boes: Brandbrief und  
Eingliederungsvereinbarung  
– Die Würde des Menschen  
ist unantastbar

# - □ □ Landtagswahlen in Berlin:

Nach dem vorläufigen  
amtlichen Endergebnis  
der Wahlen zum  
Abgeordnetenhaus in  
Berlin wird bei den

Zweitstimmen die SPD mit 28,3 Prozent die stärkste Fraktion. Dahinter liegen die CDU mit 23,4 Prozent, die Grünen mit 17,6 Prozent und die Linke mit 11,7 Prozent. Die Piraten ziehen mit 8,9 Prozent erstmals in einen Landtag ein. Die FDP fliegt dagegen mit 1,8 Prozent hochkant aus

dem Abgeordnetenhaus.  
Die Wahlbeteiligung lag  
bei 60,2 Prozent, wobei  
von den 1.486.616  
Wählern letztlich  
1.483.959, also 60,1  
Prozent der  
Wahlberechtigten ihre  
Stimmen abgeben  
konnten.

In einigen Wahlbezirken hatten sich kurz vor Wahlende um 18 Uhr noch zahlreiche Menschen vor den Wahllokalen versammelt, konnten aber ihre Stimmen aufgrund der Schließung der Wahllokale nicht mehr abgeben. Auf die insgesamt 2.469.702



Wahlberechtigten  
kommen 985.743 bzw.  
39,9 Prozent  
Nichtwähler.  
Berücksichtigt man das  
gesamte Wahlverhalten,  
also auch die  
Nichtwähler, so stellen  
diese erneut die größte  
Fraktion. Zieht man auch  
die ungültig  
abstimmenden Wähler

hinzu, stellen die  
Nichtwähler insgesamt  
40,9 Prozent der  
Wahlberechtigten.

Berücksichtigt man  
zusätzlich auch noch  
die Stimmen der  
Piraten, die nach  
offiziellen

Verlautbarungen oft nur  
aus Protest gewählt  
worden sein sollen,  
dann stellt die Fraktion  
der Nicht- und  
Protestwähler, die dem  
Parteienstaat und  
dessen etablierten,  
konventionellen  
Parteien und dessen  
Inhalten eine klare

Absage erteilen, 46,1  
Prozent. Die absolute  
Mehrheit wird damit  
knapp verfehlt, aber  
eine deutliche Mehrheit  
nichtsdestotrotz  
erreicht. Zum Vergleich  
erhalten die anderen  
Parteien  
demgegenüber lediglich  
folgende

Stimmenanteile: Die SPD erhält 16,7 Prozent, die CDU 13,8 Prozent, die Grünen 10,4 Prozent und die Linke 6,9 Prozent. Die FDP erhält 1,1 Prozent, die Piraten allein kommen auf 5,3 Prozent. Die sonstigen Parteien erreichen 4,9

# Prozent.

- **Große**  
**Demonstration in**

# **New York – Massenmedien schweigen**

**"Unter dem Motto  
"Occupy Wall Street"  
gehen aktuell**

Tausende Menschen  
in New York auf die  
Straße. Laut  
AlJazeera (ja, die  
einschlägigen  
Massenmedien  
scheinen sich über  
das Thema  
auszuschweigen)  
demonstrieren die



Leute im New Yorker  
Finanzviertel gegen  
die “Dominanz des  
Finanzsystems im  
Land”. Was als  
Online-Kampagne  
begann, zog am  
gestrigen Samstag  
20.000 friedliche  
Demonstranten zur

Wall Street, wo  
Barrikaden und Lager  
errichtet wurden. [...]"

Der ganze Bericht auf  
[Freies in Wort und](#)  
[Schrift: Tausende](#)  
[besetzen Wall Street](#)

Über Twitter wurde  
zudem gemeldet,  
dass der Polizeifunk  
der New Yorker  
Polizei NYPD  
mitgehört worden  
sein soll. Berichtet  
wurde, dass die  
Polizisten die  
Anweisung erhalten

hätten, Medien von  
der Demonstration  
fernzuhalten.

Tatsächlich  
verschweigen  
sämtliche  
Massenmedien in  
einer offenbar  
konzertierten Aktion  
die Massenproteste

im - wenn man so  
will - „Herzen des  
Finanzkapitalismus“  
vollständig.  
Gesprochen wird  
dabei von einem  
□ "national media  
blackout". Tatsächlich  
scheint aber der  
gesamte

westlich-abendländisc  
he Kulturkreis

betroffen zu sein. Hier  
geht's zur Website

der Aktion ["Occupy  
Wall Street"](#)

und zum Livestream

[„globalrevolution“](#)

▪

# - □ □ **Wahlen in Berlin**

Nach ersten  
Prognosen zu den  
Wahlen zum  
Abgeordnetenhaus

in Berlin schaffen  
die Piraten wie  
erwartet deutlich  
den Einzug in das  
Landesparlament.  
Erste  
Hochrechnungen  
sagen ein  
Wahlergebnis



zwischen acht und  
neun Prozent  
voraus. Die Piraten  
ziehen damit  
erstmalig in ein  
Landesparlament  
ein. Die FDP erlebt  
dagegen ein  
weiteres Debakel

und fliegt mit  
möglicherweise  
nicht einmal 2  
Prozent hochkant  
aus dem  
Abgeordnetenhaus.  
Auch die  
Sozialdemokraten  
verlieren leicht,

werden aber mit  
etwas über 29  
Prozent erneut  
stärkste Fraktion.  
Dahinter kommen  
laut ersten  
Hochrechnungen  
die CDU mit etwas  
über 23 Prozent, die

Grünen mit rund 18  
Prozent und die  
Linke zwischen elf  
und zwölf Prozent.

Die bisherige  
rot-rote Koalition  
aus SPD und

Linken verliert damit ihre Mehrheit. Die Wahlbeteiligung ist nach der ersten Prognose womöglich ebenfalls leicht angestiegen. Sie soll bei rund 59 Prozent und damit

um einen  
Prozentpunkt höher  
als bei den letzten  
Wahlen 2006  
gelegen haben. Das  
Ansteigen könnte  
auf das gute  
Abschneiden der  
Piraten zurück zu

führen sein, die  
Nichtwähler  
mobilisiert haben  
könnten. Andere  
Prognosen vor  
18.00 sagten  
dagegen zunächst  
noch eine geringere  
Wahlbeteiligung

voraus.

- □ □ **Lesetipp:**

**Demokratie und**  
**Wahlen**



- □ □ **Lesetipp:**

**Selbstentmündig**  
**ung durch**  
**Wahlen**

- □ □ **Lesetipp:**

# Ungültiges Wahlrecht in Deutschland: Staatskrise oder Chance?

-   **Nicht  
Wählen, sondern  
Nichtwählen ist  
demokratisch**

"[...] Man kann  
solange man will  
auf Extremisten,  
die letztendlich  
auch nur eine  
Randgruppe unter  
vielen sind,  
herumhacken,  
unsere Freiheit ist

vom Status quo  
weit mehr  
gefährdet, als von  
diesen meist eher  
schlecht  
gebildeten  
Bevölkerungskreis  
en. Und wer  
verteidigt den

Status quo?  
Richtig, du, der  
Wähler!

Denn Wählen  
heißt, einem  
politischen System

die Legitimation zu erteilen, weiterhin in absolut skrupel- und verantwortungsloser Art und Weise über unser aller Schicksal zu richten. Wählen

heißt überforderte  
Parlamentarier  
dafür zu benennen  
eine mutmaßlich  
höchst korrupte  
Regierung zu  
„kontrollieren“, was  
alleine schon  
dadurch ad



absurdum geführt  
wird, dass die  
parlamentarische  
Legislative zu  
weiten Teilen  
längst mit der  
Exekutive  
verschmolzen ist.  
[...]"

Der ganze Text  
auf "LeBohémien:  
Ich bin  
Nichtwähler"

{jcomments on}